

Bernd Lynack ist unser Kandidat

Vor fünf Jahren stand bei der damaligen SPD-Wahlkreiskonferenz im Roemer – Pelizaeus – Museum eine Kampf-abstimmung an. Neben Bernd Lynack hatten sich fünf Frauen und Männer um die Landtagskandidatur für den Wahlkreis Hildesheim beworben. Lynack setzte sich damals im zweiten Wahlgang durch. Am 31. März in der „Bischofsmühle“ stand er allein zur Abstimmung. Alle 26 Delegierten der Konferenz für den Wahlkreis 21 votierten für ihn. Bernd



Überzeugendes Mandat erhalten

Lynack ist unser Kandidat bei den Landtagswahlen am 14. Januar 2018. Dabei macht das Modell Martin Schulz offenbar Schule: Die 100-Prozent-Marke wird zum Normalfall.

Doch niemand zweifelt daran, dass dieses Wahlergebnis hochverdient ist. Bernd Lynack hat in der noch bis Januar 2018 laufenden Legislaturperiode überzeugende Arbeit geleistet. Freunde bescheinigen ihm, dass es so gut wie keine Ansatzpunkte für weitere Verbesserungen gibt. Welche Wertschätzung ihm in der SPD-Landtagsfraktion

entgegengebracht wird, zeigen die Funktionen, die ihm übertragen worden sind. Lynack ist kommunalpolitischer Sprecher seiner Fraktion und zugleich stellvertretender innenpolitischer Sprecher. Überdies ist er Mitglied in den Ausschüssen für Inneres und Sport, für Wissenschaft und Kultur und im 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Salafismus“.

Die Wahlkreiskonferenz wurde eingeleitet durch ein Referat von Innenminister Boris

Pistorius. Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats hat der Minister einen Auftritt in Hildesheim. Diesmal ist die innere Sicherheit in Niedersachsen sein thematischer Schwerpunkt. Es geht um die Terroranschläge, Gefahren durch den Salafismus, allgemeine und Flüchtlingskriminalität, die Stärkung der Polizei und ihrer polizeilichen Mittel. „Wir tun, was der wehrhafte Staat tun muss“, führt Pistorius aus. Doch der „große Werkzeugkasten der inneren Sicherheit“ müsse sensibel gehandhabt werden.



Eine Bilanz der eigenen politischen Arbeit gezogen und neue Ziele aufgezeigt

Pistorius geht aber auch auf die „große Politik“ ein. Mit Blick auf die politische Lage in Amerika nach der Wahl von Donald Trump, den nunmehr eingeleiteten Brexit und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich fordert er dazu auf vor der Stimmabgabe zu bedenken, „dass Wahlen Konsequenzen haben“. Diesen Teil seiner Rede bezeichnet er ausdrücklich als „Liebeserklärung für die Demokratie“. Zu ihr gebe es „keine Alternative.“

Der Innenminister war natürlich auch gekommen, um den Kandidaten Bernd Lynack zu unterstützen. Er, Pistorius, wünsche sich 2018 eine zahlenmäßig stärkere SPD-Fraktion im Landtag und zugleich auch, dass Lynack ein überzeugendes Mandat bekomme, damit die gute Zusammenarbeit mit ihm fortgesetzt werden könne. Dann setzte der Minister die Messlatte hoch und verwies auf sein eigenes Abstimmungsergebnis für den Wahlkreis Osnabrück. „Ich habe 100 Prozent bekommen wie Martin

Schulz. Ihr könnt euch ja anstrengen.“ Dieser Appell wurde offensichtlich erhört.

Zweiter Redner ist der Kandidat selbst. Bernd Lynack zieht eine Bilanz der politischen Arbeit von 2013 bis 2017 und betont, wie hilfreich die Unterstützung durch die Genossen und die Geschlossenheit der Partei war. Sein Selbstverständnis wird deutlich in Aussagen wie dieser: „Ich nehme mein Mandat vom ersten Tag an sehr ernst.“ Die regelmäßige Präsenz im Wahlkreis sei für ihn „das A und O der politischen Arbeit“. „Das ist kein Dauerwahlkampf, sondern für mich ist es einfach nur selbstverständlich“.

Lynack betont, dass sich die Bilanz der Landesregierung sehen lassen kann. Landesweit stellt sich dies dar an Punkten wie der Erhöhung der Zahl der Kita- und Krippenplätze oder an der Bildungspolitik mit der Abschaffung des Turboabiturs und dem Wegfall der Studiengebühren. Lokale Bedeutung für Hildesheim haben die Aufwendungen des Landes für das TfN und das Museum sowie der 4,7 Millionen schwere Finanzausgleich für Hildesheim.

Bernd Lynack zeigt auch neue Ziele für die SPD-Politik in Niedersachsen auf. Da ist zunächst die komplette Beitragsfreiheit in der Kita. Blaupause hierfür ist die 2013 angekündigte und kurz darauf auch vollzogene Abschaffung der Studiengebühren. Eine Absage erteilt Lynack Forderungen der Opposition, die Kita-Gebühren bereits in diesem Jahr abzuschaffen. Grundlage dafür sei eine solide Finanzierung. Ein zweites Thema ist die kostenlose Schülerbeförderung ab Klasse 11. Lynack wörtlich: „Es kann nicht sein, dass Schüler auf gute Schulbildung verzichten müssen, nur weil sie sich die Fahrkarten zur Schule nicht leisten können.“

Lynack schließt seine Rede mit Dank an seine engsten Mitarbeiter, aber auch an seine Frau Nicol und die Kinder. jt

„Mit Martin Schulz das Land regieren“

Red.: Zunächst gratulieren wir dir herzlich zur Wiederwahl als Bundestagskandidat der SPD. Wie fühlt man sich nach der hohen Zustimmungssquote bei der Delegiertenkonferenz?

Vielen Dank dafür. Ich bin natürlich sehr froh über das Ergebnis, denn das ist auch eine Honorierung meiner Arbeit der vergangenen vier Jahre im Bundestag. Und ich freue mich auf den Wahlkampf und auf eine weitere Amtszeit.

Red: Damals war Sigmar Gabriel noch Parteivorsitzender und alles sah danach aus, dass er auch der Kanzlerkandidat sein würde. Seitdem hat sich viel geändert.

Ja, das stimmt. Sigmar war unser uneingeschränkter Vorsitzender und ich habe großen Respekt vor seiner Entscheidung, nicht als Kanzlerkandidat anzutreten. Wir haben aber mit Martin Schulz einen großartigen Kandidaten, der das Zeug hat, im September neuer Bundeskanzler dieses Landes zu werden.

Red.: Kritiker meinen, der derzeitige Hype um Martin Schulz werde sich bis zur Bundestagswahl am 24. September beruhigen. Was kann man denen entgegenhalten?

Wir verzeichnen nicht nur gute Ergebnisse in den Umfragen, sondern es sind auch 15.000 neue Mitglieder in diesem Jahr in die SPD eingetreten. Wir haben gute Ideen für eine sozialere Politik in Deutschland.



Bernd Westphal, MdB im Gespräch mit Redaktionsmitglied Joachim Tiemer

Deutschland braucht mehr soziale Gerechtigkeit, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, Modernisierung der Wirtschaft und einen nachhaltigen Umweltschutz.

Red.: Wir haben den Eindruck, dass die Bereitschaft wieder gewachsen ist, sich politisch zu engagieren.

Ja, das stimmt und das ist auch gut so. Nur wer selbst aktiv mitgestaltet, kann hinterher auch meckern.

Red.: Im Bundestag wird überlegt, das Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen. Wie stehst du dazu?

Ich stehe dem Vorhaben positiv gegenüber. Wir wollen die Forderung auch in unser Wahlprogramm aufnehmen. Es gibt bereits heute ein Ungleichgewicht zwischen den berechtigten Interessen der Jungen gegenüber denen der Senioren. Es ist nur fair, den Jüngeren mehr politisches Gewicht zu geben.

Red.: Martin Schulz hat Korrekturen an der Agenda 2010 angekündigt, wenn er

zum Bundeskanzler gewählt worden ist. Wie beurteilst du dieses Vorhaben?

Ich finde das gut. Die Agenda 2010 war richtig - zu der Zeit, als sie Gerhard Schröder eingeleitet hat. Aber heute finden wir andere Bedingungen vor. Menschen, die lange gearbeitet haben und im hohen Alter nach einem Jahr Arbeitslosengeld in Hartz 4 fallen, brauchen eine bessere und längere Unterstützung.

Red.: Bleiben wir beim Thema Gerechtigkeit. Jedes Jahr aufs Neue bestimmt ein sog. „Armutsbericht“ die Schlagzeilen. Danach leben 15 Prozent oder fast 13 Millionen Deutsche in Armut. In deiner Rede im Bundestag zum Jahreswirtschaftsbericht hast du dagegen eine positive Bilanz der wirtschaftlichen Lage in Deutschland gezogen. Was gilt denn?

Die Konjunktur brummt und wir haben so wenig Arbeitslose wie noch nie, aber immer noch gibt es Einige, die davon leider nicht viel spüren. Dagegen müssen wir kämpfen, denn trotz Mindestlohn haben die unteren Einkommensgruppen den Anschluss an die Mitte nicht bekommen. Da müssen wir ran, damit das nicht einreißt. Um da gegenzusteuern, müssen wir die Tarifbindung stärken, etwa im Dienstleistungssektor oder im Handel.



„Ich möchte den Wahlkreis 48 direkt gewinnen“

Red.: In deiner Rede im Bundestag hast du die Notwendigkeit betont, die Infrastruktur im Blick zu behalten.

Der Haushaltsüberschuss des Bundes muss für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Wir erleben in Deutschland einen massiven Investitionsstau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, z. B. bei öffentlichen Gebäuden und in Schulen. In Zeiten von Nullzinsen ist es nicht in erster Linie sinnvoll, in die Schuldentilgung

zu gehen oder gar einen einmaligen Überschuss zum Anlass für dauerhafte Steuer senkungen zu nehmen.

Red.: Bei der Bundestagswahl 2013 bist du über die Landesliste in den Bundestag eingezogen. Der Abstand war knapp, das war ziemlich ärgerlich damals. Welche Chancen rechnest du dir für den 24. September aus?

Ich trete an, um den Wahlkreis 48 direkt zu gewinnen und denke auch, dass das ein durchaus realistisches Ziel ist.

Red: Zum Schluss eine schwierige Frage: Welches wäre deine Lieblingskoalition?

Ich kämpfe für eine starke SPD bei der nächsten Bundestagswahl. Was dann kommt, werden wir sehen. Eine Große Koalition ist immer ein enger Schuh und wir wollen mit Martin Schulz das Land regieren.

Kräftige Finanzspritze aus dem Landesetat

Das Theater für Niedersachsen (TfN) und das Roemer- und Pelizaeus-Museum (RPM) bekommen auch für die Jahre 2017/18 erneut Geld aus dem Landeshaushalt. Das hat der Hildesheimer Landtagsabgeordnete Bernd Lynack (SPD) bekannt gegeben. So erhält das TfN, wie schon im laufenden Jahr, auch in den nächsten zwei Jahren wieder 174.000 Euro aus dem Landeshaushalt. Das RPM kann sich, wie schon in den Jahren 2015 und 2016, wieder über eine Finanzspritze von jährlich 100.000 Euro freuen.



Der Landtag hat die Mittel für das Theater für Niedersachsen (TfN) spürbar aufgestockt

Fotos: Joachim Tiemer



Profitieren wird auch das Roemer- und Pelizaeus-Museum

„Ich freue mich riesig, dass es bei den Haushaltsberatungen in den Fraktionen erneut gelungen ist, eine Unterstützung der Arbeit von TfN und RPM zu erreichen“, so Lynack. „Nachdem wir bereits im Jahr 2015 die kommunalen Theater mit insgesamt 400.000 Euro und damit das TfN mit 87.000 Euro zusätzlich unterstützen konnten, konnten diese Mittel bereits im aktuellen Haushalt festgeschrieben werden und stehen somit jährlich zur Verfügung. Darüber hinaus ist für die kommenden zwei Jahre, wie auch im laufenden Jahr, wieder ein zusätzlicher Zuschuss von 800.000 Euro an die kommunalen Theater geplant. Ausgehend vom Verteilungsschlüssel der vergangenen Jahre bedeutet dies 174.000 Euro, womit sich das TfN über eine dauerhaft jährliche Mittelaufstockung von insgesamt 261.000 freuen kann.“

Die Zuschüsse für die kommunalen Theatern in Celle, Göttingen, Hildesheim, Lüne-

burg und Osnabrück sowie für die Landesbühne Nord sind als Ausgleich für steigende Personalkosten der vergangenen Jahre gedacht. Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung mussten die Theater die Kostensteigerungen in diesem Bereich aus eigener Kraft auffangen.

Auch das Roemer-und-Pelizaeus-Museum kann sich wie schon in den letzten zwei Jahren auch 2017 und 2018 wieder über einen Extra-Zuschuss von jeweils 100.000 Euro vom Land freuen. In einer Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten heißt es dazu wörtlich: „Das RPM hat einen weit über die Landesgrenzen hinausgehenden Ruf, auf den wir sowohl in Niedersachsen als auch hier in Hildesheim außerordentlich stolz sind. Es ist mir ein persönliches Anliegen, das Museum nach Kräften zu unterstützen und den Hildesheimerinnen und Hildesheimern diesen Schatz auch weiterhin zu erhalten. Hildesheim kann sich glücklich

schätzen, so ein Museum in der Stadt zu haben. Es ist eine großartige Leistung von Frau Prof. Dr. Schulz und ihrem Team, dass es trotz der angespannten finanziellen Lage des Hauses gelungen ist, die Auszeichnung des Gütesiegels, des Museumsverbandes Niedersachsen-Bremen, wieder zu bekommen.“ Die zusätzliche Landesförderung bedeute eine Anerkennung der hervorragenden Arbeit des gesamten Hauses.

Einen guten Grund das Museum mal wieder zu besuchen bietet die aktuelle Sonderausstellung „Mit 80 Objekten um die Welt“. In den Magazinen des Museums ruhen Tausende einzigartiger Objekte von allen Kontinenten unserer Erde. Für die Sonderausstellung wurden zum Teil noch nie gezeigte Stücke ans Tageslicht geholt, die einladen, auf eine ganz besondere Art um die Welt zu reisen – ohne Flugzeug und nicht in 80 Tagen, sondern mit 80 einzigartigen und spannenden Objekten.



NASE VOLL
VON DEN
NACHBARN?

 - seit 1968 -
✓ verkaufen
✓ vermieten
✓ erwalten

Immobilien GmbH
Schützenallee 61
31134 Hildesheim
Tel. 05121-31038
www.juehlcke-dietz.de
info@juehlcke-dietz.de

Enge Zusammenarbeit mit dem Seniorenzentrum

Vor 25 Jahren, am 25. Februar 1992, trafen sich mehrere Mitglieder des SPD-Ortsvereins Himmelsthür zur Gründungsversammlung des AWO-Ortsvereins in Himmelsthür. Ihr Ziel war es, die mit der Gebietsreform von 1972 aufgelöste „Zweigstelle“ der AWO wiederzubeleben.

In einem bereits am 05. Februar 1992 von Margrit Reese, Ludwig Bommersbach und Klaus Bange verfassten und an die SPD-Mitglieder gerichteten Papier wurde die Notwendigkeit deutlich gemacht, auch in Himmelsthür die soziale Arbeit der AWO im

ehrenamtlichen Bereich wieder zu verankern. Darüber hinaus sollte ein Himmelsthürer AWO-Ortsverein die Arbeit des AWO-Seniorenzentrums unterstützen und so auch die kommunalpolitische Anbindung über die im Rat und im Kreistag agierenden Vertreter aus Himmelsthür ermöglichen. So sollten u.a. konzeptionelle Erweiterungen des Angebots um das betreute Wohnen des Seniorenzentrums mit Hilfe der KWG in unmittelbarer Nähe des Seniorenzentrums realisiert werden.

Am 25. Februar 1992 kam es zur Gründungsversammlung. 28 Gründungsmitglieder waren daran beteiligt. Als 1. Vorsitzender wurde mit Klaus Bange ein langjähriges Mitglied des Stadtrats und Ortsrats Himmelsthür gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Ursula Eilinghoff und Ludwig Bommersbach. Dem Vorstand gehörten weiterhin Traudel Schäfer, Ralph Wieduwilt, Renate Helms, Margrit Reese, Dieter Bremer, Hannelore Rust, Rudolf Eilinghoff sowie Waltraut Böcken und Herbert Reinert als Revisoren an. Seit Mai 2003 ist Rüdiger Mey Vorsitzender des Ortsvereins. Seine Vertreter sind Edgar Hennemann, Ludwig Bommersbach und Volker Hagemann. Zur Finanzbeauftragten wurde Jutta König gewählt.

Zu den Hauptaktivitäten des OV gehört nach wie vor eine enge Zusammenarbeit mit dem Seniorenzentrum. Hier werden regelmäßig Veranstaltungen wie z.B. das Frühjahrsgrillen sowie das Sommer- und Herbstfest gemeinsam durchgeführt. Auch die Seniorenbetreuung des Ortsrats wird nach wie vor durch Mitglieder des AWO-Ortsvereins sichergestellt. Im letzten Jahr konnte der erste öffentliche Bücherschrank in Himmelsthür unter Federführung des OV

*Zuhause im Seniorenzentrum
Ernst-Kipker-Haus in Himmelsthür*



Bei uns werden Sie sich zu Hause fühlen. Wir bieten Ihnen Pflege und Betreuung in familiärer Atmosphäre mit einem vielfältigen Betreuungsangebot. Im Lebensraum für an Demenz erkrankte Menschen werden Sie sich sicher und geborgen fühlen. Sollten Sie zeitweise nicht zu Hause gepflegt werden können, seien Sie unser Gast in der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege.

Für Ihre Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.



Soziale Dienste
Bezirk Hannover gGmbH
Wohnen & Pflegen

Ernst-Kipker-Haus | Telefon 05121/692-0
Wilhelm-Raabe-Straße 6 | 31137 Hildesheim

aufgestellt und eingeweiht werden. Außerdem beteiligt sich der OV an der Durchführung des jährlichen SPD-Spielfestes „Am Ahnekamp“. Der durch den AWO OV betriebene Glühweinstand ist eine beliebte Anlaufstelle des jährlichen Weihnachtsmarkts in Himmelsthür.

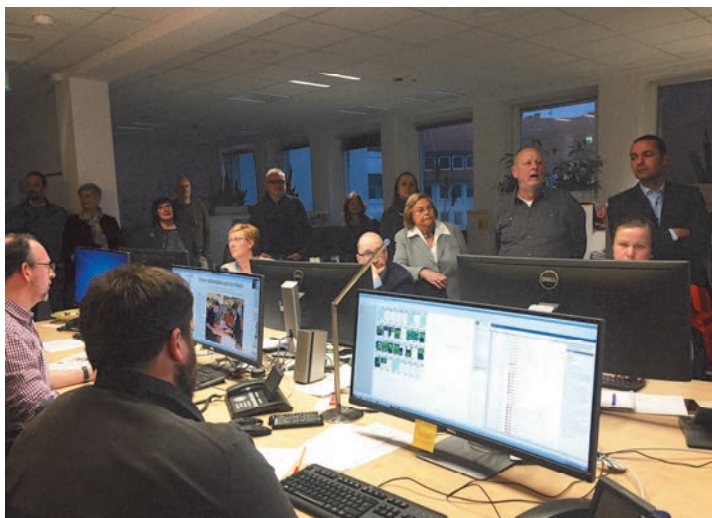
Das 25jährige Jubiläum wird nach Redaktionsschluss unserer Zeitung im Rahmen einer Feierstunde anlässlich des Frühjahrsgrillens am 24. März begangen.

Rüdiger Mey
Vorsitzender des AWO-Ortsvereins

Die HAZ-Schlusskonferenz miterlebt

Der SPD-Ortsverein Himmelsthür bietet seinen Mitgliedern immer wieder besondere Events an. Nach Besuchen im NDR-Funkhaus Hannover und im Niedersächsischen Landtag war am 8. März 2017 die Redaktion der HAZ das Ziel.

Zwei Schwerpunkte gab es für die Besuchergruppe: Da war zunächst die Möglichkeit, den Redakteurinnen und Redakteuren der HAZ bei ihrer Abschlusskonferenz über die Schulter zu schauen, ihre Kommentare mitzerleben und teilweise auch Anregungen für Korrekturen zu geben. Die Leitung dieser Schlusskonferenz, bei der an großen Monitoren die einzelnen Seiten der Hildesheimer und der Sarstedter HAZ-Ausgabe aufgerufen werden, lag an diesem Tag bei Thomas Radtke. Schwerpunkt Nummer Zwei war das Gespräch mit Chefredakteur Martin Schiepanski und Lokalchef Christian Wolters im Konferenzraum des Gerstenberg Verlages. Die Einblicke in den Produktions-



Interessante Einblicke in die Produktion einer Tageszeitung

prozess einer Tageszeitung waren interessant. Umgekehrt erhielten die Redakteure für sie wichtige Rückmeldungen aus ihrer Leserschaft.




KULINARISCHES FÜR DIE SINNE

*Lassen Sie sich von unserer exquisiten Küche und erlesenen internationalen Weinen
im außergewöhnlichen Ambiente am Hohnsensee verwöhnen...*

NOAH · CAFE, RESTAURANT, BAR · HOHNSEN 28 · 31134 HILDESHEIM · FON 0 51 21, 69 15 30 · WWW.NOAH-CAFE.DE · MO – SA AB 9.30 UHR · SO AB 10.00 UHR

Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Die SPD war und ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Bildung. Bildung soll kein Geld kosten. Die Bildung der Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Die SPD hat in Niedersachsen bereits die Abschaffung der Studiengebühren durchgesetzt. Und wir investieren seit 2013 massiv in den Bereichen Schule, in den Ganztagsausbau, in die Schaffung von mehr Stellen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter und in die Einführung der dritten Kraft in Krippen. Nach den nächsten Wahlen wollen wir die Kita-Gebühren abschaffen.

Dafür gibt es viele gute Gründe:

- Frühkindliche Förderung und eine verlässliche und qualitätsvolle Betreuung von Kindern zwischen dem ersten und sechsten Lebensjahr sind entscheidend für die weitere Entwicklung eines Kindes und damit wesentliche Voraussetzung für Chancengerechtigkeit - das belegen unzählige Studien. Deswegen wollen wir die Barrieren vor der ersten Stufe unseres Bildungssystems absenken.
- Ein Kita-Besuch stärkt die Bildungschancen – egal welche Förderung die Kinder im Elternhaus erfahren.
- Familienfreundlichkeit in Niedersachsen ist ein wichtiges Thema für uns. Junge Leute sollen in unserem Land unterstützt werden bei ihrer Entscheidung für Kinder.
- Wenn Frauen nach der Geburt wieder arbeiten wollen, dann sollen die Kita-Kosten für die Kinder kein Hindernis sein.



Das „Himmelsthürchen“ ist eine der beiden Himmelsthürer Kindertagesstätten, die von einer Gebührenbefreiung profitierten würden

Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Kita-Gebührenfreiheit ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Gerade in Familien mit einem geringen Einkommen tun Kita-Gebühren oft weh. Das wollen wir ändern. Ob junge Familien in einer armen oder in einer wohlhabenden Gemeinde leben, soll keinen Unterschied machen, wenn es um die Kinder geht. Wir wollen auch insofern Gerechtigkeit.

- Und wir wollen die Kommunen entlasten, die sich besonders für Kinder- und Familienfreundlichkeit einsetzen. Wie? Für das letzte Kindergartenjahr vor Schulbeginn besteht bereits Beitragsfreiheit. Das Land leistet dafür durchschnittlich 105 Millionen Euro besondere Finanzhilfe.

Die SPD Niedersachsen will die beitragsfreie Kita in der nächsten Legislaturperiode auch für das erste und zweite Kita-Jahr einführen. In Betracht kommt eine stufenweise Einführung. Im Kita-Jahr 2018/19

könnte das mittlere Jahr (für vier bis fünfjährige Kinder) und im Kita-Jahr 2019/20 das erste Jahr (für die dreijährigen Kinder) gebührenfrei gestellt werden.

Wie viele Kinder betrifft es?

Zum letzten Erhebungszeitpunkt (1. März 2016) besuchten etwa 185.000 drei- bis sechsjährige Kinder Kindertagesstätten. Davon waren rund 56.000

Kinder im ersten Kindergartenjahr, 62.000 im zweiten und 66.000 im dritten Kindergartenjahr.

Da zwischenzeitlich auch aufgrund des Zuzugs geflüchteter Familien weitere Kinder aufgenommen worden sind, ist davon auszugehen, dass im Jahr 2018 rund 140.000 Kinder die noch beitragsfrei zu stellenden ersten und zweiten Kindergartenjahre besuchen werden. Verlässliche Zahlen für das laufende Kindergartenjahr stehen erst im Sommer 2017 nach Abschluss des Kindergartenjahrs 2016/17 zur Verfügung.

Kosten?

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem beitragsfreien letzten Kita-Jahr müsste der Landtag für eine Gebührenfreiheit an Niedersachsens Kindertagesstätten in der nächsten Legislaturperiode insgesamt mehr als 300 Mio. Euro bereitstellen.

Nach der Einführung der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr (ca. 6. Lebensjahr) vor der Einschulung hat sich die Betreuungsquote um knapp 4 % - von 93,7 % auf 97,5 % erhöht. Durch die weiteren beitragsfreien Kindergartenjahre würde die Quote erneut steigen.



Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Kita-Beitragsfreiheit stellt sich die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass derjenige, der das Kita-Gesetz ändert, auch für die finanziellen Folgen aufkommt. („Wer bestellt bezahlt!“) Es soll ein angemessener und fairer Kostenausgleich mit den Kommunen verhandelt werden. Die Gebührenfreiheit wird nicht zu Lasten der Qualität der Einrichtungen vor Ort gehen.

Warum nicht schon in dieser Legislaturperiode?

Wenn die Einführung der vollständigen Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten in der laufenden Legislaturperiode ohne weiteres finanzierbar gewesen wäre, hätte die Landesregierung das vorgeschlagen. Es müssen jedoch über 300 Mio. Euro dauerhaft, also Jahr für Jahr finanziert werden, da die Kommunen bzw. die freien Träger einen Ausgleich für die dann ausfallenden Elternbeiträge erhalten. Über die Höhe des Ausgleichs sind entsprechende Verhandlungen zu führen. Darüber hinaus sind für die Gegenfinanzierung ggfs. Umschichtungen im Landeshaushalt notwendig, über die zu Beginn der nächsten Legislaturperiode zu sprechen sein wird.

Salafismus stellt eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar

Hildesheim stand in den vergangenen Monaten immer wieder bundesweit in der Öffentlichkeit, da sich im Umfeld der Moschee des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e.V.“ (DIK) vermehrt Muslime radikalisiert haben und zur Teilnahme am Dschihad in Kampfgebieten motiviert worden sind. Die Region Hildesheim gilt mittlerweile als ein Schwerpunkt radikal-islamischer Szene in Deutschland.

Darin ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft zu sehen. Angesichts der dadurch zunehmenden Aufspaltung der Gesellschaft kommt deshalb auch der daraus resultierenden, notwendigen Präventions- und Deradikalisierungsarbeit eine immer wichtigere Rolle zu. Angriffen auf Demokratie,

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit die Stirn zu bieten, werden deshalb dauerhafte, gewaltige Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft und jede und jeden Einzelnen. Die Prävention von Radikalisierung insbesondere von jungen Menschen, die Sensibilisierung, der pädagogische Umgang mit antimuslimischem und radikalem Extremismus sowie die Entwicklung von extremistischen Gegenentwürfen erhalten einen immer größeren Stellenwert.

Auch in Hildesheim existiert bereits eine Vielzahl von Institutionen, die sich auf dem Gebiet engagieren. Das gesamte Engagement ist noch nicht gemeinschaftlich organisiert und stößt daher schnell an Grenzen, denn es fehlt eine Vernetzung der Initiativen untereinander. Weder im Landkreis



Meine Gesundheitsquelle im Herzen von Himmelsthür

Paracelsus
Apotheke

Paracelsus-Apotheke - An der Pauluskirche 2 - Tel. 924130 :: Mo.-Fr. 8.00-18:30 :: Sa. 8.00-13.00 Uhr

noch in der Stadt existiert bisher eine benötigte Anlauf- und Vernetzungsstelle. Auch einen übergeordneten, regionalen Ansprechpartner gibt es noch nicht.

Die Verwaltung wird daher aufgefordert, Drittmittel für eine Anlauf- und Vernetzungsstelle für Extremismus-Prävention mit einem festen Ansprechpartner in Hildesheim zu akquirieren. Ein mögliches Bundesprogramm könnte "Demokratie leben!" sein, welches Projekte fördert, die sich im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention engagieren. Die Anlauf- und Vernetzungsstelle soll zum Ziel haben, Formen von Extremismus zu verhindern und das Engagement vor Ort zu koordinieren.

Das Vorhaben soll strukturell angelegt werden und folgende Elemente enthalten:

1) **Vernetzung im Sozialraum:** Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure müssen gestärkt werden, Kooperationen einzugehen und sich im Sozialraum zu vernetzen. Angebote von Stadtteilarbeit, Jugendarbeit, Familienzentren, Präventionsrat sowie ehrenamtlichem Engagement müssen inhalt-

lich mehr aufeinander abgestimmt werden. Die Förderung von Stadtteil- bzw. Gemeinwesenarbeit in der Fläche muss Grundlage der konzeptionellen Ausrichtung sein.

2) **Beratung von Multiplikatoren:** Insbesondere Schulen und Jugendzentren müssen unterstützt werden im pädagogischen Umgang mit radikal-islamischem und antimuslimischem Rassismus von Jugendlichen. Es ist wichtig, vor Ort eine Anlaufstelle für Multiplikatoren einzurichten, die dringende Fragen beantworten und Beratung und Unterstützung in der fallbezogenen Arbeit bieten kann.

3) **Fortbildung:** Pädagogischen Fachkräften und Interessierten muss ein Überblick über Ausprägungen und Handlungsempfehlungen zur Thematisierung des Extremismus in der Präventionsarbeit gegeben werden, nicht zuletzt um einer ideologisierenden Instrumentalisierung durch radikale Prediger zuvorkommen zu können.

4) **Kampagnenarbeit:** Um Betroffene und ihr Umfeld zu erreichen, ist eine verstärkte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit für junge Menschen und Betroffene notwendig.

Anzeige Druckhaus Köhler

Alterssicherung ist eine Frage des sozialen Friedens

Von Leonard Kuntscher, Vorsitzender der Jusos Niedersachsen

Die aktuelle Debatte um die Zukunft der Rente ist eine, die längst hätte abgeschlossen sein müssen. Die Probleme des Systems sind allgemein seit langer Zeit bekannt. Es ist bitter, dass ein Großteil der Politik sich offenbar darauf geeinigt hat, vor allem nur die Probleme zu behandeln und zu lösen, die bis zur nächsten Wahl spürbar werden.

Dass wir nun diese Debatte führen, ist vor allem Andrea Nahles zu verdanken, die unlängst ein Konzept vorgeschlagen hat. Dies ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, da uns in einem halben Jahr eine Bundestagswahl ins Haus steht. Es ist zu hoffen, dass die Rente zum Wahlkampfthema wird. Die Rente ist zu wichtig und die Lösungswege der Parteien zu unterschiedlich, um das Thema in einem faulig stinkenden GroKo-Kompromiss auf die lange Bank zu schieben.

Dass in der CDU/CSU bereits jetzt Forderungen für eine Rente ab 70 Jahren laut werden, lässt Böses ahnen.



Da selbst die Union mehrheitlich weiß, dass es für viele Menschen vollkommen absurd ist, bis 70 zu arbeiten, ist es nicht mehr und nicht weniger als eine schlecht getarnte weitere Kürzung der Renten für die, die eh schon wenig auf der Bank haben.

Das ist schlicht und ergreifend eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Jeder Mensch sollte im Alter in Würde leben können und ausreichend versorgt sein. Das kann und muss sich eine reiche Gesellschaft wie unsere leisten können. Das gilt umso mehr für Personen, die lange Zeit ihres Lebens gearbeitet haben, egal wie mies die Bezahlung war.

Dass das Ganze derzeit finanziell leider vorne und hinten nicht passt, hat wenig mit dem Einstiegsalter oder der Höhe der Renten zu tun. Es ist vor allem ein Problem des Finanzierungssystems.

Das System, indem die Jungen die Renten der Alten finanzieren und sich das dann die Waage halten muss, ist schon seit einiger Zeit überholt.



Es scheint nur so lange zu funktionieren, so lange Babyboomer-Generationen einzahlen und die Lebenserwartung nicht allzu sehr steigt.

Eine stärkere private Vorsorge, bei der jede und jeder für sich nochmal eine Versicherung abschließt, in die er oder sie dann

privat noch zusätzlich einzahlt, ist der falsche Lösungsansatz. Solche Versuche, wie beispielsweise die Riester-Rente, haben vor allem zu einem geführt: Einer noch stärkeren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich. Der Konflikt läuft eben nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich ab.

Unsere Gesellschaft muss solidarisch zusammenstehen, damit auch diejenigen aufgefangen werden, die das Pech hatten, in einem schlecht entlohnenden oder gar keinem Job zu laden. Dafür muss die gesetzliche Rente endlich wieder gestärkt werden.

Weder die private noch die betriebliche Altersvorsorge können ein starkes gesetzliches System ersetzen. Auch müssen Beamtinnen und Beamte sowie Selbstständige endlich in die Rentenversicherung geholt werden, damit auch sie sich an der solidarischen Finanzierung beteiligen können.

Zu guter Letzt muss der Steuerzuschuss ins Rentensystem erhöht werden. Steuern sind ein Mittel der Verteilungsgerechtigkeit. Genau darum geht es auch bei der Rente. Alterssicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Frage des sozialen Friedens.

Eine Erhöhung des Eintrittsalters, ein Steigen der Beiträge oder eine direkte Kürzung der Renten können sich logischerweise eben die nicht leisten, die in ihrem Leben wenig bekommen haben.

Die Frage darf nicht sein, wie sehr das Einstiegsalter steigen oder das Rentenniveau sinken muss, damit das System so bleiben kann, wie es ist. Die Aufgabe muss sein, das System so zu ändern, dass der Lebensstandard im Alter gehalten bzw. erhöht werden kann.

Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Himmelsthür,
E-Mail: info@spd-himmelsthuer.de
Internet: <http://www.spd-himmelsthuer.de>
V.i.S.d.P.: Ludwig Bommersbach
Hinter dem Bernwardshof 7
31137 Hildesheim
E-Mail g.bommersbach@t-online.de

Redaktion: Norbert Siegel, Joachim Tiemer
Auflage: 3.200 Exemplare
Druck: Druckhaus Köhler GmbH,
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
E-Mail info@druckhaus-koehler.de

Die Einnahmen aus dem Anzeigenverkauf dienen ausschließlich der Reduzierung der Druckkosten.



Gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen

Nach der Kommunalwahl schloss die SPD-Kreistagsfraktion mit der CDU eine Gruppenvereinbarung. Diese Gruppe hat solide Mehrheitsverhältnisse für die Fortsetzung der sozialdemokratischen Arbeit im Kreis.

Themenschwerpunkte für die nächsten fünf Jahre sind u.a.: Der *bodengebundene Rettungsdienst* soll in der derzeitigen Form von gemeinnützigen Organisationen fortgeführt werden. Dabei sollen zur Sicherung der regionalen Strukturen langfristige Verträge mit diesen Organisationen geschlossen werden.

Neuer Zusammenhalt „Agenda zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis Hildesheim“: Es soll unter Beteiligung der Gemeinden ein Masterplan erarbeitet werden, der der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Landkreis dient. Einbezogen wird die demographische Entwicklung und die Fortschreibung der kommunalen Strukturdaten wird mit berücksichtigt. Schwerpunkte sollen die öffentliche Daseinsvorsorge, die Mobilität, die Digitalisierung und der Tourismus sein.

Ein *Modellprojekt Schulkrankenschwestern* mit zwei Schulen im Landkreis unter Hinweis auf das Projekt „Schulkrankenschwester im Land Brandenburg“ soll auf den Weg gebracht werden. Neben der Schulsozialarbeit ist dies erforderlich, da medizinisch ausgebildetes Personal an Schulen die Leistungsfähigkeit des Bildungsortes Schule steigert. Es wird eine Verbesserung der Integration chronisch kranker und behinderter Schüler/innen erreicht sowie eine Verringerung

der krankheitsbedingten Fehlzeiten und darüber hinaus frühzeitige Entdeckung und Hilfestellung bei gesundheitlichen Problemen.

Fahrtkostenübernahme im Bereich der Sekundarstufe II. Die Fraktionen entwickeln hierzu ein Konzept.

Die bekannten Programme *PIAF*, *Griffbereit* und *Rucksack* werden fortgesetzt und sollen ausgeweitet werden.

Zur stärkeren Einbeziehung von jungen Menschen in politische Prozesse und zur Stärkung von Demokratie und Partizipation soll auf Ebene des Landkreises ein *Jugendforum* gebildet werden.

Neben der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ist die *Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten* für Familien von Bedeutung. Jede Initiative und Maßnahme zur beitragsfreien Erfüllung des Rechtsanspruchs nach dem dritten Abschnitt des SGB VIII wird begrüßt. Die anfallenden Kosten gehen zu Lasten des Bundes und des Landes. Die Beitragsfreiheit sollte möglichst zeitnah umgesetzt werden.

Heutzutage sind leistungsfähige und zuverlässige Internetanbindungen von herausragender Bedeutung, deshalb setzt sich die Gruppe für öffentliche WLAN-Hotspots ein.

Ludwig Bommersbach

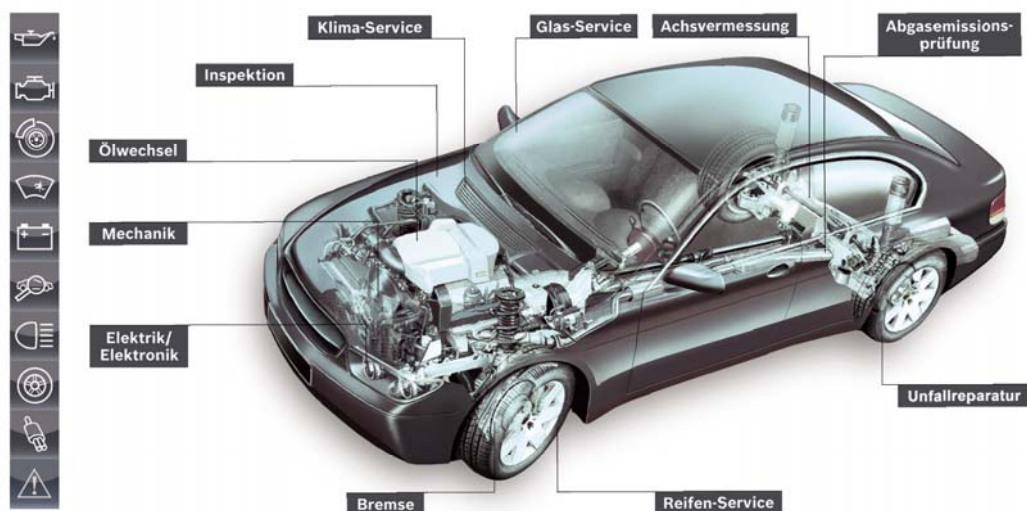
BRUNS IMMOBILIEN

- Professionelle Bewertung Ihrer Immobilie
- Kompetenter Verkauf Ihrer Immobilie
- Keine Kosten für Verkäufer

Dipl.-Ing. Thomas Bruns
Tel. : 05121 – 96 21 40



Für Ihr Auto tun wir alles.



Top Preis ■ Top Qualität ■ Mobilitätsgarantie ■ Erhalt der Herstellergarantie
Inspektion ■ Reparatur ■ Lackierung ■ Originalteile ■ Checks und Wartung



Besuchen Sie uns auch auf facebook.

Niederlassung Hildesheim
 Mastbergstraße 12
 31137 Hildesheim
 Tel.: 05121 - 91 88 999

E-Mail: info@boya.de
www.boya.de

Öffnungszeiten
 Mo – Fr: 8 – 18 Uhr
 Sa: 9 – 12 Uhr

www.autozentrum-hildesheim.de



Mehr investieren in junge Köpfe

Von Leonard Kuntscher

Vor den Bundestagswahlen im September und den Landtagswahlen im Januar setzen sich die Jusos innerhalb der SPD für Zukunftsinvestitionen ein. Die Partei soll mit entsprechenden Forderungen in die Wahlkämpfe ziehen.

Noch immer werden Kindern insbesondere weniger wohlhabender Familien viele Steine in den Weg gelegt, die es gilt zu beseitigen. Dabei haben die Jusos von der KiTa bis zur Uni verschiedene Problemlagen im Blick.

Bei den Forderungen im schulpolitischen Bereich steht dabei der kostenfreie Schülerverkehr für SchülerInnen der Oberstufe ganz oben auf der Liste. Bislang müssen Eltern die Fahrtkosten zur Schule für die Klassen 11-13 selbst übernehmen. Diese Kosten auf dem Weg zum Abitur verstärken den Effekt, dass der Schulabschluss maßgeblich vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Zudem werden hierbei Eltern im ländlichen Raum über die Maßen belastet.

Für Auszubildende fordern die Jusos u.a. einen sog. *Meister-Bonus* als Zuschuss zu den Kosten des Abschlusses. Der Meister-Bonus bedeutet, dass Azubis, die den Meister machen, einen Zuschuss zu den Kosten und Gebühren bekommen, die sie für die Teilnahme an der Meisterprüfung zahlen müssen. Außerdem soll mehr günstiger Wohnraum für Azubis geschaffen werden. Mit der Einführung eines günstigen Azubi-Tickets soll der wachsenden Mobilität junger Leute Rechnung getragen werden. So könnte die berufliche Ausbildung auch gegenüber dem Studium attraktiver gemacht werden.

Für Studierende sollen u.a. die unwirtschaftli-



che Erhebung der Langzeitstudiengebühren beendet und die Verwaltungskostenbeiträge abgesenkt werden, die in Niedersachsen vergleichsweise hoch sind.

Bei der SPD stößt man damit auf offene Ohren. So hat Kanzlerkandidat Martin Schulz angekündigt, das BAföG erhöhen zu wollen. In Niedersachsen wird die SPD mit der Abschaffung von Kita-Gebühren in den Wahlkampf ziehen. Sowohl im Bund als auch im Land sind die Wahlprogramme noch nicht beschlossen und es bleibt abzuwarten, was am Ende von den Forderungen bleibt. Klar ist aber, dass das Geld, das beispielsweise in den Haushaltsüberschüssen liegt, am sinnvollsten in Zukunftsinvestitionen angelegt ist.

Termine nach Vereinbarung

PHYSIO THERAPIE
Isabella Höhl

Königstr. 53
31139 Hildesheim

Tel. 05121-22233



ZAH-Reparatur- und Verleihführer

Das neue Portal für unsere Kunden!

Sie haben für Ihre Familienfeier nicht genug Geschirr oder Stühle? Ihr Rasenmäher oder Ihr Dach muss repariert werden, Sie möchten sich eine Flex ausleihen?

Dafür gibt es den Reparatur- und Verleihführer auf der ZAH-Seite.

Wir bieten Firmen und Privatleuten, die ihren Sitz im ZAH-Gebiet haben, die Möglichkeit, ihre Angebote zur Reparatur oder zum Ausleihen von Gegenständen hier einzustellen. **Und das kostenlos!**

Werfen Sie defekte Geräte nicht gleich weg. Dinge, die geliehen werden, braucht man nicht zu kaufen! So können Ressourcen geschont werden und man spart Geld.

www.zah-hildesheim.de



ZAH Hildesheim · Bahnhofsallee 36 · 31162 Bad Salzdetfurth · www.zah-hildesheim.de

Umbau des Feuerwehrgerätehauses hat begonnen

Die lange Wartezeit bezüglich des Umbaus des Feuerwehrgerätehauses in Himmelsthür ist zu Ende. Sämtliche Hürden wurden beseitigt und die SPD-Ortsratsfraktion hofft, dass die Einweihung im Spätsommer erfolgen kann.

Leider sind die Planungen für den Neubau der Turnhalle der Realschule Himmelsthür noch im Anfangsstadium. Die Vertreter/innen im Stadtrat werden deshalb von der SPD-Ortsratsfraktion aufgefordert, sich für eine zügige Bearbeitung einzusetzen, damit die Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes (KIP) angefordert werden können. Da Himmelsthür ein gefragter Schulstandort ist, würde dies die Attraktivität weiter steigern.

Auf der Kreuzung Breslauer Straße/Ecke Jahnstraße ist es zu einem tragischen Unglück gekommen. Die SPD-Ortsratsfraktion wird sich dafür stark machen, dass diese Kreuzung durch die städtische Verkehrskommission überprüft und dass nach



Möglichkeiten gesucht wird, die Kreuzung für Fußgänger sicherer zu gestalten.

Die SPD-Ortsratsfraktion bedauert, dass die Filiale der Volksbank in Himmelsthür geschlossen wird. Es soll noch nicht einmal ein Bankomat aufgestellt werden. Nicht alle Bürger können das Online-Banking nutzen. Von Bürgernähe und -freundlichkeit kann somit keine Rede mehr sein. Die Leitung der Volksbank sollte ihre Entscheidung noch einmal überdenken.

Ludwig Bommersbach

**Anzeige Firma Schwertfeger, Hildesheim
entsprechend Ausgabe August 2016**

Zuschuss für Schülerfahrkarten ab Klasse 11 im Blick

Bildung muss aus Sicht der SPD-Ratsfraktion für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Gerade die Erreichbarkeit der gewählten Schule kann allerdings für Schülerinnen und Schüler zu einer nicht zu unterschätzenden Hürde werden, wenn das notwendige Geld für die Fahrkarte fehlt. In Folge dieser Umstände brechen nicht wenige ihren Schulbesuch bereits nach der 10. Klasse ab, obwohl sie das Zeug zum Abitur hätten. Die Kosten für die Fahrkarte zur Schule werden nämlich nur bis zur 10. Klasse übernommen.

"Leider", stellt SPD-Fraktionschef Bernd Lynack fest und verweist in diesem Zusammenhang auf die gesetzliche Vorgabe nach dem Niedersächsischen Schulgesetz. "Eine Ausdehnung auf die Jahrgänge 11 bis 13 würde einen dreistelligen Millionenbetrag nach sich ziehen", erklärt Lynack, der auch für die SPD Mitglied des Landtages ist. Über kurz oder lang müssen auch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe das Ticket erstattet bekommen. Einen ersten Schritt könnte die Bezuschussung der Fahrtkosten sein. Finanzieren soll die Stadt dies mit zusätzlichen Mitteln vom Land, die den ÖPNV qualitativ verbessern sollen.

Für den Landkreis Hildesheim ist die zur Verfügung stehende Summe seit Jahresbeginn um 630.000 Euro auf dann insgesamt 2,5 Mio. Euro angewachsen. Die Kommunen sind dann für die Organisation des ÖPNV zuständig. Sie können so lokale Bedingungen optimal berücksichtigen und je nach örtlicher Situation Verbesserungen im Angebot selbständig organisieren.

Um die Situation für den Bereich der Stadt besser einschätzen zu können, hat sich die SPD-Fraktion nun an den Oberbürgermeister gewandt. Es sollen verlässliche Zahlen vorgelegt werden, wie viele Schülerinnen und Schüler die Klassen 11-13 besuchen bzw. wie viele Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen



Weil die Kosten für den Schülertransport nur bis zur 10. Klasse übernommen werden, brechen nicht wenige Schüler ihren Schulbesuch danach ab

nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen.

Durch eine weitere Anfrage soll Licht ins Dunkel darüber gebracht werden, wie hoch der Anteil der Stadt an den erhöhten ÖPNV-Mitteln tatsächlich ist. "Wenn alle Daten auf dem Tisch liegen, werden wir überlegen, wie wir einen Zuschuss zu den Tickets für diese beiden Gruppen organisieren können", so Lynack. Sollte eine Bezuschussung möglich sein, wäre dies aus Sicht der Sozialdemokraten ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit in der Bildung. "Wir sind uns sehr bewusst darüber, dass eine Bezuschussung in der Tat nur ein Anfang sein kann und wir in Hannover weiter daran arbeiten müssen, damit die bestehende Lücke über kurz oder lang vollständig geschlossen werden kann. Meinen Teil als Landespolitiker werde ich selbstverständlich dazu beitragen", versichert Lynack.